

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Oberdeutsche Zeitung. 1841-1843 1841

329 (28.11.1841)

Oberdeutsche Zeitung.

Die Oberdeutsche Zeitung erscheint täglich, und wird in Karlsruhe als Abendblatt ausgegeben. Der jährliche Abonnementspreis beträgt 4 R., wozu bei dem Bezug durch die Post noch die Sperrgebühren kommen. Man abonnirt in Karlsruhe bei der Expedition des Blattes (W. Braun'sche Buchhandlung), für andwärts bei den betreffenden Verlegern.

Die großherzogliche Oberpostamt-Druckerei in Karlsruhe hat die Hauptredaktion übernommen. Aus Frankreich abennirt man bei Herrn Alexander, Brunnengasse Nr. 28, in Straßburg. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum einer vierseitigen Zeile mit 3 R. (bei dem zweiten und jedem folgenden Abdruck mit 2 R.) berechnet.

Karlsruhe.

Sonntag, 23. November

1841.

Deutschland.

(Kölnische Zeitung.) Die Entscheidung der württembergischen Ständeversammlung vom 3. v. M. über die Vorzüge des Inquisitionsprozesses und des demselben zu Grunde gelegten schriftlichen Verfahrens vor jenem des öffentlichen und mündlichen Anklageprozesses hat bereits mehrfache Kritiken in öffentlichen Blättern hervorgerufen, welche alle darin übereinstimmen, daß dieser für die Zukunft Württembergs in rechtlicher Beziehung hochwichtige Gegenstand bei der Debatte mit bedauerlicher Oberflächlichkeit behandelt wurde. Ich würde auch nicht darauf zurück gekommen seyn, wenn sich die Gegner des Geschworenengerichts darauf beschränkt hätten, den Anklageprozeß in seinem Prinzip zu bekämpfen; denn es ist ein alter, bekannter Satz: contra negantem principia non est disputandum. So aber sind die Gründe, welche die ständische Kommission zur Ablehnung des Anklageprozesses geltend machte, für die Geschwornen aller Länder zu belegend, als daß sie nicht eine öffentliche Mühe verdienen. Der Kommissionsbericht sagt nämlich im §. 17 des Entwurfs, „daß das Geschworenengericht verwerflich sey wegen Mangels an juristischer Bildung, an Erfahrung, und an Unabhängigkeit der Jury.“ Ein größerer Vorwurf könnte freilich, wenn er begründet wäre, dem Strafrichter nicht gemacht werden. Aber es bedarf nur der Verweisung auf die desfallsigen gesetzlichen Bestimmungen, und insbesondere auf den Artikel 382 unserer rheinischen Straf-Prozessordnung, um die gänzliche Gehaltlosigkeit dieser Behauptungen sofort zu erkennen. Das Gesetz stellt bei der Auswahl der Geschwornen unter den Staatsbürgern als erstes Erforderniß voran, daß ihre Stellung im bürgerlichen Leben, so wie ihre wissenschaftliche Bildung, zu der Annahme berechtige, daß sie wohl zu beurtheilen vermögen, „ob die dem Angeklagten zur Last gelegte Thatfache als erwiesen anzunehmen sey oder nicht?“ Dem ein Mehreres liegt bekanntlich außer dem Bereiche des Urtheils der Jury, indem namentlich die Anwendung des Gesetzes dem aus Juristen bestehenden Raths Hofe vorbehalten ist. Wie nun die ständische Kommission die Unrichtigkeit des Geschworenengerichts darauf basiren konnte, jenen Männern mangle juristische Bildung, mangle Erfahrung und Unabhängigkeit in dem Grade, um als Richter der That eine einfache Thatfache beurtheilen zu können, ist wahrlich nicht zu begreifen. Würden aber Andere zu Geschwornen berufen, die in jene Kategorien nicht gehören, so gereichte die schlechte Ausführung eines guten Gesetzes nicht diesem zum Vorwurfe; denn sie wäre nicht in dem Geiste des Gesetzes erfolgt. Sieht man nun vollends auf die Erfahrung, so kann die Jury in Bezug auf die gerecht gesägten Urtheile mit Zuversicht den Vergleich mit dem Inquisitionsprozesse aushalten; und wenn nun gar der Abgeordnete v. Scheurlen das Geschworenengericht ein „französisches“ Institut nennt, so widerspricht er dabei der bekannten Thatfache, daß dasselbe nicht französisches, sondern rein deutschen Ursprunges ist. Freilich ist auch das Geschworenengericht nicht vollkommen, und bedarf, wie jedes Rechtsinstitut, der Fortbildung nach Maßgabe des Bedürfnisses; allein es kann auch darauf, wie jede menschliche Einrichtung, keinen Anspruch machen, sich aber bis jetzt als unerreichtes Vorbild da, indem es den Anforderungen, welche die bürgerliche Gesellschaft mit Recht machen kann, mit jenen des Angeklagten gleichen Schutz gewährt, und so können seine Mängel, im Vergleich mit jenen des schriftlichen Verfahrens, kaum in Betracht kommen, wie denn auch die Begeisterung, welche allenthalben, wo das Institut besteht, und insbesondere auch in unserer Rheinprovinz für dasselbe herrscht, am lauteften für seine Vortrefflichkeit Zeugniß gibt. Das Geschworenengericht hatte seit sei-

nem Bestehen große und kleine Gegner, die es mit offenen und versteckten Waffen bekämpften; noch keiner aber hat diese Waffe gegen dasselbe in der Unfähigkeit und Unrichtigkeit der Geschwornen zum Nichterande gefunden; Dies scheint der schwäbischen Abgeordnetenversammlung des Jahres 1841 vorbehalten gewesen zu seyn.

(Schlesische Zeitung.) Die Unterhandlungen zwischen dem Zollverein und Holland sind sowohl in Berlin als im Haag noch immer in vollem Gange; man erwartet mit Recht, daß die deutschen Mächte diesmal nicht gestatten werden, daß Niederland sich als Hochland in politischer und kommerzieller Beziehung gegen unser Vaterland aufstellen dürfe, um so weniger, als dasselbe durch die Thatkraft Deutschlands, und vorzugsweise Preußens, in den Jahren 1814 und 1815 lediglich hergestellt und erhalten worden ist. Sperrt es uns den Rhein auf seinem Gebiete, so verschließen wir ihm den Strom auf dem unsrigen, und statt der Nachsicht tritt Ernst und Kraft ein, wie es sich gebührt. Holland ist uns für den Nothfall ganz entbehrlich.

Die Elberfelder Zeitung schreibt aus Berlin: Mit der Mutter unserer Königin, der verwittweten Königin Karoline von Bayern, ist die letzte der Prinzessinnen aus der Reihe der durch ihre hohen Bestimmungen und zum Theil auch durch ihre Schicksale in der für Europa so merkwürdigen Katastrophe der ersten Decennien dieses Jahrhunderts bemerkbar gewordenen Schwestern aus dem uralten Geschlechte der Zähringer vom Schauplatz des Lebens getreten. Karl Friedrich, Markgraf zu Baden-Durlach, der Großvater der Verstorbenen, (geb. am 22. Nov. 1728,) salcedierte am 21. Okt. 1771, nach dem kinderlos erfolgten Tode seines Vaters August Georg, in der Markgrafschaft Baden, wurde am 22. Nov. 1802 Kurfürst, 1806 Großherzog, und starb im 41. Jahre seiner Regierung am 10. Juni 1811 als Nestor unter den deutschen Fürsten. Sein ältester Sohn, der Erbprinz Karl Ludwig, war ihm bereits am 15. Dez. 1801, im blühenden Alter, in die Gruft vorgegangen. Er hinterließ aus seiner Ehe mit Friederike, Prinzessin von Hessen-Darmstadt, einen Sohn, Karl Ludwig Friedrich (geb. am 8. Juni 1786), der seinem Großvater am 10. Juni 1811 in der Regierung des Großherzogthums folgte. Von den Töchtern Karl Ludwigs waren die beiden ältesten Zwillingsschwester, Katharina Amalie und Karoline. Die Letztere, die nun verstorbene Mutter unserer Königin, reichte am 9. März 1797 dem damaligen Prinzen Max Joseph von Zweibrücken-Birkenfeld ihre Hand. Derselbe wurde am 16. Februar 1799 Kurfürst und am 1. Januar 1806 König von Bayern, und starb in der Nacht vom 12. zum 13. Dez. 1825 zum großen Schmerze der Bewohner seines Landes. So viel von den Eltern unserer Königin betrifft, so wurde die dritte der Töchter Karl Ludwigs Kaiserin von Rußland, die vierte die Gemahlin des Königs Gustav IV. von Schweden, der sein vielbewegtes Leben unter dem Namen Oberst Gustafson als Privatmann endigte. Die fünfte vermählte sich mit dem Herzog von Braunschweig-Verden, nachmaligem regierenden Herzog von Braunschweig, war aber schon vom Lebens-Schauplatz abgerufen, als ihr Gemahl den Helveten bei Jemappes starb. Die sechste hatte dem Erbprinzen von Darmstadt, nachmaligem Großherzog von Hessen-Darmstadt, ihre Hand gereicht. So brachten diese Schwestern fast alle regierende Häuser Europa's in neue und nähere Verwandtschaft mit dem Hause Baden, wie in neuester Zeit wieder durch die vier Töchter der Königin Karoline in Beziehung auf Bayern, Preußen, Oesterreich, und Sachsen geschehen ist.

× Berlin, 23. Nov. Die Wege für die nächste Zollkonferenz ebnen sich. Auch Kurhessen, wie man vernimmt, hat eine annähernde Wiederherstellung der Zuckerzölle, so wie sie vor dem

holländischen Vertrage bestanden, im Sinn der preussischen Anträge zweckmäßig befanden. In Dresden soll sich ebenfalls eine den Interessen der deutschen Industrie günstigere Stimmung geltend gemacht haben. Diese allseitige Verständigung ist ein hoffnungsvolles Unterpfand der Zukunft; so wie in Waffen- und Kriegsangelegenheiten, so ist auch bei industriellen Fragen Einigkeit und Zusammenhalten die Lösung Deutschlands geworden. — Die Empfindlichkeit des Grafen Alvensleben soll sich von einer Aeußerung Sr. Maj. in Bezug auf die Zuckerfrage herleiten, wobei das Finanzministerium nicht ganz günstig weggekommen wäre. Wenn der Graf wirklich seine Entlassung als Finanzminister nimmt, so dürften Diejenigen, welche der getadelten Politik eigentlich näher stünden, es ihrer Stellung schuldig seyn, die königliche Kluge zuvörderst auf sich zu beziehen. — Man spricht von der Aussicht auf eine Vermählung zwischen Sr. Kön. Hoh. dem Kronprinzen von Bayern und der Prinzessin Marie, Tochter Sr. Kön. Hoh. des Prinzen Wilhelm, Oheim unseres Königs. (Die Prinzessin ist geb. am 15. Okt. 1825.)

Elbing, 17. Nov. Das in England für Rechnung der Eigenthümer der „Schwalbe“ neu erbauete eiserne Dampfsboot „Falke“ ist den 15. hier eingetroffen. In diesem Jahr wird der „Falke“ nicht mehr fahren; im künftigen Frühjahr aber wird er seine regelmäßigen Reisen zwischen hier und Königsberg beginnen, so daß alsdann mittelst beider Dampfschiffe eine tägliche Kommunikation zwischen den am Preischen Haff belegenen Ortschaften stattfinden wird. (Preuß. St. B.)

Aus Bayern, 25. Nov. Die plötzliche Unterbrechung des Fränkischen Kuriers hat ein unangenehmes Aussehen gemacht, da sie mit der sonstigen Gestaltung der Verhältnisse in Deutschland in seltsamem Widerspruch steht. Eine ängstlichere Behandlung der Presse paßt schlecht zu dem Aufschwunge der Nationalgesinnung, um welchen die besseren deutschen Blätter sich so entscheidende und anerkenntnisdienliche Verdienste erworben haben. Daß der Fränkische Kurier die Sache seiner Kirche vertreten hat, während sie von weit zahlreicheren Gegnern angefochten wurde, kann dabei um so weniger einen Unterschied machen, als das Recht für Alle das gleiche seyn soll, und die Rolle der Verteidigung gegenüber einem Angriff jedenfalls doppelt zu berücksichtigen wäre. Dazu kommt, daß die kölnische Angelegenheit ja eben jetzt geschlichtet, und das Wort der Versöhnung bereits gesprochen ist. Es würde schwer seyn, unter solchen Verhältnissen ein staatsmännisches Motiv für gesteigerte Zensurstränge geltend zu machen; auch scheint lediglich ein büreaukratisches Mißverhältnis zu dieser Verwicklung geführt zu haben. So viel man vernimmt, hat der Fränkische Kurier schon seit geraumer Zeit wiederholte Klagen über Mißhandlungen durch ein überängstliches oder sonst unmotivirtes Zensurverfahren geführt, und zuletzt offen ausgesprochen, daß das Blatt sein Erscheinen einstellen müsse, wenn es täglich auf die Folter gespannt werden sollte. Dieser Fall scheint denn nunmehr eingetreten zu seyn, und die noch fortdauernde Suspension sich bis zur erwarteten Entscheidung durch die höhere Behörde erstrecken zu sollen. — Der schlimmste Fehler der deutschen Zensurverrichtungen ist der, daß man die Ausübung dieses wichtigen Amtes mitunter jüngeren Beamten vertraut, die ihre Laufbahn erst beginnen, und zur Uebersicht größerer politischer Verhältnisse erst Studien und Erfahrungen zu machen hätten, welche fernab auf einem Gebiet liegen, das ihnen fremd und unbekannt ist. Tritt dann etwa noch kleinstädtisches Leben und Wirken, Furcht, zu mißfallen, das Unsichere der Unerfahrenheit hinzu, so kann es nicht an Inkonsequenzen und Mißgriffen fehlen, über welche der Staatsmann lächeln mag, die man aber mit Unrecht für unbedeutend halten würde, da jede Beugung der selbstdenkenden Presse einer Nation eine Vermehrung des Spielraums für die ausländische, d. h. eine Prämie für die Ausbreitung französischen und andern Einflusses ist. Unsere deutschen Regierungen dürfen sich stark genug fühlen, um nicht die Aengstlichkeit zum Panier zu nehmen, und wenn denn in Gottes Namen die Zensur selbst noch nicht zur Aufhebung reif seyn mag, so sollte man sie wenigstens nur Solchen anvertrauen, deren literarische Kompetenz zur Beurtheilung geistiger Erscheinungen nicht in Zweifel gezogen werden kann.

Aus Holstein, 16. Nov. Die Dänen wollen und Holsteiner mit einem Billianstimate der dänischen Nationalbank beglücken. Der Bankdirektor Bang aus Kopenhagen soll sich zu dem Ende einige Tage in Kiel aufgehalten haben. Das Korre-

spondenblatt hat sich mit Recht gegen dieses Projekt erklärt. Eine Billbank der dänischen Nationalbank in Holstein bringt und den Dänen wieder näher, als wir unserer ganzen nationalen Stellung nach wünschen müssen; auch würde der Gewinn den und ganz fremden dänischen Bankaktionären zufließen. Eine holsteinische Bank dagegen, mit gleichen Rechten, wie die Nationalbank in Dänemark, welche nach der Ultroy von 1818 berechtigt ist, repräsentative Zahlungsmittel auszugeben, würde dem längst gefühlten Bedürfnisse des hiesigen Handelsstandes nicht nur genügen, sondern in seiner Fundation als rein holsteinische Bank die sicherste Gewähr des Gedeihens und des allgemeinen Zutrauens tragen. Hütet euch vor den Danaern, die zweimal nehmen, wenn sie einmal geben! Die Dänen wollen und eine Bank geben, allein sie wollen dafür unser Geld, und uns ins deutsche Herz greifen, es fest ketten mit metallenen Banden an einen Staat, mit dem wir nur den Herrscher gemein haben wollen. Gibt es wirklich eine dänische Propaganda: hier ist ein Ausfluß ihres Wickens und Strebens, das uns, wollten wir denselben freundlich entgegenkommen, nur noch länger aufhalten würde in dem so eben erst begonnenen Nationalzuge nach Süden. (A. N. 3.)

Frankfurt, 18. Nov. Das große Werk eines deutschen Eisenbahn-Systems schreitet von Tag zu Tag mehr seiner Verwirklichung entgegen. Die Pläne sind überall beschloffen, die Ansätze fast überall gemacht. Es bedarf nur mäßiger Thatkraft, und in einem Zeitraum von fünf bis sechs Jahren ist ganz Deutschland durch den eisernen Gürtel vereint. Frankreich steht mit Ersinnen und Beschämung, daß es in dieser großen Angelegenheit der öffentlichen Wohlfahrt und der Nationalverteidigung weit hinter und zurückgeblieben ist. Es will sich mit Macht erheben und den Vorsprung abgewinnen. Noch ist es freilich zweifelhaft, ob die Befestigung von Paris schon im Laufe dieser Session der Befestigung von Frankfurt nachgesetzt werden wird; was aber heuer nicht geschieht, wird nächstes Jahr nicht ausbleiben, und ist man einmal dort zu einem festen Anschluß gekommen, so wird man unerhörte Anstrengungen machen, um uns zu überflügeln. Möchte es dann nicht gehen, wie es am Oberrhein gegangen ist! Baden hatte lange vor Frankreich projektirt und dekretirt, Frankreich aber ging rasch ans Werk, und Baden ist jetzt um fünf Jahre zurück. Möchten die deutschen Staaten sich beileben, den bereits gewonnenen Vorsprung zu behaupten. Es handelt sich nicht bloß um Behauptung der Nationallehre, es handelt sich auch um ein Instrument der Macht. Welche von beiden Nationen dieses Instrument zuerst besitzt, erlangt einen unermesslichen Vortheil über die andere. Und was hindert die deutschen Staaten, in dieser Sache mit derselben Energie und Einheit des Willens zu verfahren, womit sie in der letztverfloffenen Zeit die Nationalbewaffnung vervollständigt haben? An Kapital fehlt es nirgends, wenn die Regierungen bauen oder Garantie leisten, und die Rentabilität ist nur auf wenige Strecken einem Zweifel unterworfen. Nirgends aber kann das Risiko gegen die zu erwartenden Vortheile in Anschlag kommen. Gibt es irgend einen Gegenstand, der sich dazu qualifizirt, als Sache des Deutschen Bundes betrachtet und behandelt zu werden, so ist es das deutsche Eisenbahn-System. Man verständige sich vermittelt einer außerordentlichen Bundeskommission über ein zusammenhängendes System, jeder Staat mache sich verbindlich, den ihm daran zufallenden Antheil innerhalb einer bestimmten Frist herzustellen, man veranstalte, wie Dies in Sachen des Bundeskontingents geschieht, wechselseitige Visitationskommissionen, um über die Fortschritte der einzelnen Staaten an die Bundeskommission Bericht zu erstatten. Wenigstens wäre zu wünschen, daß die süddeutschen Staaten vermittelt eines Kongresses sich über ein süddeutsches Eisenbahn-System und über die Verbindung desselben mit dem norddeutschen verständigten. (Allg. 3.)

Vom Main, 22. Nov. Die Holländer werfen jetzt Deutschland den Handschuh hin. Nehmt unsere Lumpen, sagen sie, oder wir sind eure Feinde, wie sie vor dem Handelsvertrag sagten: Nehmt unsere Lumpen und ihr werdet glücklich seyn (man vergl. die Denkschriften des Hrn. Wytthoff vom 3. 1837). Das Amsterdamer Handelsblatt gibt sich das Ansehen, als ob man es in Holland als eine gleichgültige Sache betrachte, ob der Zuckerer-

*) Der Vorschlag schließt die Voraussetzung in sich, daß die Erde mit rascherer Energie betrieben werde, als von 1817 bis 1841 die der süddeutschen Bundesstaaten.

trag erneuert werde oder nicht; „das allgemein gefühlte Bedürfnis einer freisinnigen Handelspolitik leide dadurch keinen Abbruch!“ Hör' es, Deutschland, und staune: von Holland aus wird uns Handelsfreiheit gewährt! Wie aber diese gemeint ist, darüber bleiben wir indes nicht lange in Ungewißheit. „Wer daher“, fährt der Amsterdamer Rede fort, „die Erneuerung prohibitiver Einfuhrzölle empfiehlt, ist unser Feind, und da eine solche Feindseligkeit sehr wahrscheinlich diesseits nicht unbeantwortet bleiben würde, sey es durch erneuerte Erhöhung der Getraidezölle oder der Schiffsabgaben, anderer minder wichtiger Handelsgegenstände nicht zu gedenken, so möchte bald erkannt werden, wie sehr ein solcher Irrlehrer der Feind seines eigenen Vaterlandes ist.“ Das heißt mit andern Worten: wenn ihr nicht fortfährt, euch auf unsere Kosten speeren zu lassen, so seyd ihr unsere Feinde; ihr müßt uns Handelsfreiheit geben, von uns aber solche zu verlangen, wäre eine Annäherung, die wir strafen müssen. Was die beigefügte Drohung anlangt, so können wir ruhig darüber seyn; wenn Holland auf unser Getraide einen höhern Zoll legt, so können wir dafür seine Kolonialwaaren höher besteuern, und es wird sich dann zeigen, wer mehr dabei verliert. Vor Abschluß des Handelsvertrags betrug die Einfuhr von deutschem Getraide und Saamen nach holländischer Angabe 2 Millionen Gulden. Diese hat seitdem nur wenig zugenommen. Die in Holland bestehenden Gesetze sind der Einfuhr fremden Getraides an sich schon hinderlich. Man hat nämlich dort eine Skala nach Art der englischen, welche sich nach der Höhe der Preise richtet. Ist das Getraide in Holland wohlfeil, so steigt der Eingangszoll auf fremde Früchte, was in solchen Fällen das ausländische Getraide fast ganz von den holländischen Märkten ausschließt, weil Fracht und Zoll den Erlös übersteigt. — Wenden wir uns dagegen auf die andere Seite, so finden wir, daß Holland vor dem Handelsvertrag in Kolonialwaaren von Kaffee allein für 11 Millionen in Deutschland einfuhrte. Diese Einfuhr ist seitdem, wie bei allen holländischen Kolonialwaaren, wenigstens um ein Drittel gestiegen. Auf welcher Seite wäre demnach der größere Nachtheil, wenn Holland durch höhere Besteuerung unserer Produkte uns zu Restorations-Maßregeln nöthigte? Was würde aus den holländischen Kolonien werden, wenn Deutschland aufhörte, sein Hauptabnehmer zu seyn? — Was die Drohung betrifft, unsere Schiffe mit höhern Abgaben zu belegen, so zeugt es von einer schamlosen Frechheit, ohne Scheu öffentlich auszusprechen, daß man anerkannte Verträge mit Füßen treten wolle. Durch die zu Mainz 1831 abgeschlossene Konvention, welcher Holland beigetreten, wurden die Abgaben, die Holland auf seinen Gewässern von den deutschen Schiffen zu erheben hat, genau (wenn auch leider zu hoch) festgesetzt. Wir sind überzeugt, daß es die deutschen Regierungen genugsam nicht zugeben werden, daß man die mit ihnen eingegangenen Verträge so ohne weiteres umstöße; nicht allein das Interesse, sondern, was mehr ist, die Ehre Deutschlands ist dabei theilhaftig. Daß sie solche Verletzung nicht dulden werden, beweist das neuerliche Beispiel Preussens, dessen Regierung der Kölnischen Schlep-Schiffahrt-Gesellschaft bedeutete, sie habe das Recht, auf der holländischen Stromstrecke zu fahren, ohne einer holländischen Konzession oder Erlaubnis zu bedürfen. (Frank. Merk.)

Schweiz.

Zhurgau. Die Sektierer, welche sich weder durch Gefängnis, noch Fasten, noch Prügel (!) bewegen lassen, Militärdienste zu leisten, sind gegenwärtig Gegenstand der allgemeinen Besprechung. (Erzähler von St. Gallen.)

Zürich. Die Oppositionsblätter machen noch immer viel Aufsehen von der Missionssammlung in Dornbach. Solche Versammlungen hatten in der That schon seit vielen Jahren in der Stadt Zürich statt, und, wenn wir nicht sehr irren, sind auch schon in andern Gemeinden gehalten worden, ohne daß Jemand den geringsten Anstoß daran nahm. Soll man sich nicht eben so gut für religiöse, wie für politische Zwecke versammeln dürfen? — Es kann ja Jeder wegbleiben, dem es nicht gefällt. (Luz. B.)

Aargau. Die radikalen Zeitungen machen viel Wesens mit der Entdeckung, daß der Klostergärtner von Wettingen die dort entwendeten Glasgemälde gestohlen habe, und bemühen sich, dieses Faktum herauszustreichen, um dadurch ein schiefes Licht auf das Klosterpersonal zu werfen. Nun berichtet über die „Freitagzeitung“, daß nicht das Kloster, sondern der Klosterverwalter diesen Vurschen angestellt habe. Der Keel scheint übrigens nicht ohne Kapazität

zu seyn, und die Vorgänge im Kanton Aargau verstanden zu haben. (Echo v. Jura.)

Belgien.

Brüssel, 22. Nov. Die Untersuchung der in die letzte Verschwörung Verwickelten geht ihren Gang fort. Von Zeit zu Zeit verläutet darüber Einiges im Publikum. So hört man, daß Frau Vandermissen wieder in abgeordnete Haft gebracht worden ist, und zwar in Folge eines seltsamen Zwiesgesprächs, das sie mit dem Instruktionrichter hatte. Auf die Frage, ob sie von ihrem Gatten in das Komplott eingeweiht worden sey, soll die „Generalin“ entgegnet haben: „Mein Mann wußte Nichts davon; mein Mann thut immer nur, was ich will. Wissen Sie, wo die Verschwörung steckt?“ — „Eben Das ist es, was wir von Ihnen zu erfahren wünschen!“ — „Sie steckt da, da“, (auf ihren Kopf deutend,) „und Hr. Leopold mag sich wohl in Acht nehmen. Ich besitze Briefe, worin er ganz gewaltig über euch Belgier schimpft.“ (Frau Vandermissen ist eine Engländerin.) „Aber hoffen Sie nicht, dieser Briefe habhaft zu werden; sie sind gut verwahrt, an einem ganz sichern Orte, und werden bald veröffentlicht werden, wenn man fortfährt, mich so zu quälen.“ Die „Generalin“ ist eine merkwürdige Frau. Im Gefängnisse pudt und schmückt sie sich ganz außerordentlich; besonders gern prangt sie mit ihrem Geschmide. — Hin und wieder wird noch nach Pulver gesucht, aber vergeblich. Die Aufregung, welche in den ersten Tagen nach der Entdeckung des Komplottes vorhanden war, ist völlig verschwunden. — Die Anstehung der Denkmünzen an die Industriellen, welche Erzeugnisse ihres Gewerbsleibes zur Ausstellung eingeschickt, hat bei Manchen Mißvergnügen erregt, und man hört über Parteilichkeit der Jury klagen. Man hätte allerdings keine Bronzemedailien ausstellen, und sich auf goldene und silberne beschränken sollen. Bei der Ausheilung selbst entstand viel Verwirrung dadurch, daß ein wallonischer Beamter die meist germanischen Namen auf seine Weise, d. h. vollkommen geradebrecht, ansprach. Die Leute meinten, daß die Angestellten doch wenigstens die Namen der Bürger richtig auszusprechen im Stande seyn sollten. — Um ihre Industriellen, die sich durch die Jury verkürzt glauben, etwas zufriedenzustellen, hat die Gemeindeverwaltung der Stadt Brügge beschlossen, ihnen „Euscheidungsmedaillen“ zu bewilligen. Näherer scheint und ein anderer Beschluß derselben Behörde. Sie hat nämlich verordnet, daß künftig die deutsche Sprache zu den Vorträgen gehören soll, welche für die Schüler des dortigen Athenäums verpflichtend sind, d. h. welchen sie beiwohnen müssen. Allmählig scheint doch auch dort die bessere Einsicht die Oberhand zu gewinnen. — Da Hr. Wüsten, der das Rubens-Standbild gegossen hat, von dem Antwerpener Rubenskomité für diese Arbeit nicht bezahlt worden ist, so hat derselbe die Bildsäule nun gerichtlich in Beschlag nehmen lassen. Wie der gefeierte Rubens sich nun aus dem Exekutionsverfahren herauswickeln wird, muß sich zeigen!

Frankreich.

Aus dem Elsaß, 8. Nov. Die deutsche Literatur wird trotz der Weissagung gewisser Leute im Elsaß doch nicht untergehen. In diesem Augenblick läßt der Restor der elsässischen Sängers, der auch in Deutschland vortheilhaft bekannte August Lamey, eine zweite Auflage seiner Gedichte drucken. Die Herausgabe von August Stöbers elsässischem Sagenbuch naht sich ihrem Ende; es sind bereits zehn Hefte erschienen; das Werk wird mit dem zwölften geschlossen. Von demselben Verfasser ist ein elsässisches Volksbüchlein, welches Volks- und Hauslieder, Spielreime, Sprüche, und Märchen bringen soll, angekündigt; auch erscheint von ihm eine Sammlung Gedichte. Hr. Dite (G. Zeiter von Mühlhausen), der Verfasser der günstig aufgenommenen Schweizerfagen, wird nächstens eine neue Sammlung veröffentlichen; er ist auch mit der Herausgabe eines alten Manuskripts beschäftigt, das sich auf die Vorgeschichte Mühlhausens bezieht. (Allg. B.)

Paris, 23. Nov. Die Unterhandlungen zwischen den französischen und belgischen Kommissären in Betreff eines Handelsvertrages versprechen sehr schleppend zu werden, denn bis zur Stunde ist man noch um Nichts weiter gelangt, als vor etwa zwei Monaten, wo die Verhandlungen abgebrochen wurden. Baron Dessandis, von dem einer Ihrer Korrespondenten neulich berichtete, daß er die fraglichen Unterhandlungen leite, ist noch immer auf seinem Posten in Frankfurt, wird aber in kurzem hier erwartet. Seine Anwesenheit wird der Frage, ob ein Handelsvertrag

zwischen Frankreich und Belgien zu erdöglichen ist, den Ausschlag geben. Die französische Regierung hat nur darum die betreffenden Unterhandlungen wieder aufgenommen, um eine Annäherung zwischen Belgien und dem deutschen Zollverein zu verhindern, und zu diesem Ende wird sie der belgischen Industrie nur diejenigen Vorteile zu gewähren trachten, welche dieselbe sonst in Deutschland finden könnte. Baron Desfaudis, der längere Zeit den Posten eines Gesandten in Frankfurt, einem der Mittelpunkte des deutschen Handels, bekleidete, ist besser, als irgend Jemand, geeignet, dem Kabinett der Kaiserin in dieser Beziehung Aufschlüsse zu ertheilen. Dieser Umstand bestimmte seine Ernennung zum Kommissär für die in diesem Augenblick obshwebenden Unterhandlungen, welche aus demselben Grunde erst nach seinem Eintreffen einen ernstlichen Charakter annehmen werden. Bis jetzt, obwohl die Kommission wöchentlich einigemal im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten sich versammelt, wird mehr vom Wetter, als von Handelsangelegenheiten gesprochen, weshalb auch nach der Meinung des Grafen Lebon selbst, der von seiner Regierung zum alleinigen bevollmächtigten Kommissär bestimmt wurde, der so oft besprochene Handelsvertrag, den Einige bis zur Eröffnung der Kammern sogar schon fertig werden lassen, höchst wahrscheinlich zu Wasser werden wird. Die Schuld davon liegt sicherlich nicht an der französischen Regierung, da sowohl der König als Hr. Guizot die politische Wichtigkeit dieses Handelsvertrags im vollen Werthe würdigen, und mit den größten Opfern, so weit sie irgend möglich sind, den Abschluß desselben herbeizuführen wünschen. Aber was sollte es helfen, einen Vertrag zu schließen, der die Genehmigung der Kammern gewiß nicht erlangen wird, wenn er der belgischen Industrie auch nur einigermaßen bedeutende Erleichterungen zugesände. Ein Drittheil der Deputirtenkammer, wo nicht mehr, besteht aus Besitzern von Bergwerken und Eisenhämmern, aus Leinwand- und Tuchfabrikanten und dergleichen, die keine andere Handelspolitik, als die ihrer Privatinteressen kennen. Mögen die Zugeständnisse, die man der belgischen Industrie gewähren will, noch so geringfügig ausfallen, so werden sie immerhin gegen die Interessen jener Deputirten anstoßen; man kann daher zuversichtlich annehmen, daß alle diese Herren einhellig eine schwarze Kugel in die Urne werfen werden, so wie es sich darum handelt, einen Handelsvertrag mit Belgien zu genehmigen. Nehmen wir z. B. die Inhaber der Eisenwerke an. Sie wissen, daß die Regierung den Plan hat, bei dem nächsten Zusammentritt der Kammern fünf große Eisenbahn-Linien zu beantragen, — ein Projekt, welches ohne Zweifel eine heilsame Aufnahme finden wird. In dieser Voraussetzung macht nun die französische Regierung Miene, den Einlaß des belgischen Eisens zu erleichtern. Kaum ist diese Nachricht unter den Inhabern der Eisenwerke verbreitet, so vereinigen sie sich insgesammt, dem Kabinett Gegenstellungen zu machen, mit dem Vorgeben, daß eine solche Erleichterung den Untergang aller Eisenhämmer nach sich ziehe. Auch haben sie bereits an-gerechnet, daß man zu den projektirten Eisenbahn-Linien wenigstens 10 Jahre brauchen werde, und daß der gesammte Bedarf von Eisen zur Vollendung derselben sich nur auf 600,000 Zentner belaufe. Nun, sagen sie, kann Belgien allein jährlich an 200,000 Zentner bei uns einführen, während wir nur 60,000 Zentner brauchen, und da Belgien sein Eisen weit billiger zu liefern im Stande ist, als wir, so wird uns kein Mensch mehr unser Eisen abnehmen wollen; folglich ist der Ruin unserer Eisenhämmer vollbracht, sobald man dem belgischen Eisen auch nur die geringste Erleichterung im Zolltarif zugesteht. Auf der andern Seite kommen die Leinwand-Fabrikanten der Normandie, und sagen: Die Besitzer von Eisenwerken gewinnen durch die Anlage der Eisenbahnen wenigstens eine bedeutende Vermehrung des Verbrauchs ihrer Produkte; aber und eröffnet man keinen neuen Weg zum leichteren Absatz unserer Fabrikate, welche schon an und für sich die Konkurrenz der belgischen nicht auszuhalten vermögen. Das Wichtigste bei der Sache ist, daß Hr. Guizot, der als Minister die Abschließung des in Rede stehenden Vertrags so gerne fördern möchte, als Deputirter dagegen zu handeln gezwungen ist. Bekanntlich ist Hr. Guizot Deputirter des Wahlbezirks Liffieux, der die stärksten Leinwand-Händler von Frankreich in sich faßt. Diese haben sich nun mit ihren Beschränkten direkt an ihn gewendet, und wie denn ein Deputirter seinen Wäh-

lern immerdar ein geneigtes Ohr leihen muß, so hat er die Deputation von Liffieux empfangen und derselben versprochen, Alles aufzuwenden, was von ihm abhängt, damit die Bedingungen des neuen Handelsvertrags mit Belgien nicht die französische Leinwand-Industrie beeinträchtigen möchten. Mit andern Worten, Hr. Guizot ist gezwungen, den Karren, den er gern vorwärts schieben möchte, stecken zu lassen. Daß aus solchen Verhältnissen kein Vertrag von Bedeutung zwischen beiden Ländern hervorgehen kann, Das sieht man auf den ersten Blick, sofern man nur gesunde Augen hat.

† **Paris**, 24. Nov. Es ist keine Rede mehr davon, daß eine Beobachtungsmarine an der belgischen Gränze zusammengezogen werden soll. Der Befehl dazu war nicht lange ertheilt, als er wieder zurückgenommen wurde. Es heißt, König Leopold, der sich auf seinem Schloß in den Ardennen befand, als die Verschwornen in Brüssel verhaftet wurden, habe in der ersten Ueber-raschung das französische Kabinett um eine militärische Demonstration an der Gränze gebeten, was sich jedoch bald als unnöthig herausstellte. — Graf Pontois ist in Marseille eingetroffen, und wird vielleicht schon morgen hier eintreffen. — Circa 300 Deputirte sind bereits in Paris anwesend. — Duensfelds Prozeß soll am 5. oder 6. Dezember beginnen. — Aus Spanien keine Nachrichten von Belang. Die Blokade der kantabrischen Küsten ist wieder aufgehoben worden.

Rußland und Polen.

Petersburg, 16. Nov. In der vorgestrigen Nacht sang die Newa an, so stark mit Eis zu gehen, daß gegen Morgen die Brücken abgenommen werden mußten, und die Kommunikation nur noch durch Eise stattfinden konnte. Am Tage selbst (14. November) waren bereits sämtliche Kanäle zugefroren. Obgleich bisher noch nicht viel Schnee gefallen, ist doch bereits seit dem 12. die Schlittensahrt auf unsern Straßen in vollem Gange.

(Preuß. Staatsz.)

Warschau, 12. Nov. Infolge einer Bekanntmachung der Regierungskommission der Finanzen und des Schatzes sind nachstehende Personen, als: G. Bogdazewski, ehemaliger Schüler der Krakauer Universität, St. Wieganski, ehemaliger Schüler des Krakauer Lyzeums, G. Drotkiewicz, B. Skierski, A. Cioffowski, ehemalige Schüler des Kieler Gymnasiums, wegen politischer Vergehungen durch zwei von dem Kriegsgericht erfolgte und von dem k. Feldmarschall Fürsten von Warschau unterm 7. April d. J. bestätigte Dekrete zur Konfiskation ihres Vermögens verurtheilt worden.

(Schl. 3.)

Italien.

Rom, 15. Nov. Heute Mittag empfing Se. Heiligkeit der Papst in einer Privataudienz den Baron v. Bach, welcher demselben seine Bestallung als königl. preussischer Ministerresident beim heiligen Stuhle feierlich überreichte.

(Allg. 3.)

Rom, 17. Nov. Es scheint nun entschieden, daß vor dem 2. Februar (Jahrestag der Erwählung des heiligen Vaters) ein Konfistorium, worin außer Bischöfen auch Kardinalen zu freiren sind, nicht zusammenberufen werden dürfte. Ursache dieser abermaligen Verspätung soll die für die kirchlichen Verhältnisse Deutschlands hochwichtige Ernennung des im nächsten Monat hier zu erwartenden Fürsten Erzbischofs von Salzburg zur Kardinalwürde sein. Der Erzbischof von Salzburg, gegenwärtig der Fürst F. von Schwarzenberg, ist bekanntlich Primas von ganz Deutschland, genießt außerhalb Roms den Rang eines Kardinals, und ist den Purpur von Alters her zu tragen berechtigt.

(Allg. 3.)

Neapel, 13. Nov. Der König hat den Bruder des zu Wiesbaden verstorbenen Fürsten Butera, Major Wilding, der als Generalleutnant in den Besitz der sehr bedeutenden Güter tritt, in den Fürstenstand erhoben. Derselbe war bisher der Verwalter sämtlicher Besitzungen seines Bruders, dem solche durch die Heirat mit der Fürstin Butera zufielen, mit der er übrigens nur ein Jahr lang zusammenlebte.

(Allg. Zeit.)

Groß. Hoftheater in Karlsruhe.

Sonntag, den 28. November: Die Partaner, große Oper in 3 Akten, von Bellini. Dem. Huberhoff, Stira, als Gast. Hr. Oberhofner, Richard, zum Debüt.